

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger
Zugabe: Elbgaupresse
Zugabe: Elbgaupresse

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Deter & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Draht, für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tollwitzer Str. 4
91. Jahrgang

Nr. 188 Donnerstag, den 14. August 1930

Bürgerliche Sammlungs- besprechungen

Die geplante gemeinsame Besprechung der Vertreter der Konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei über die Möglichkeiten eines Zusammengehens dieser Parteien hat sich am Mittwoch zunächst auf eine Unterredung zwischen Minister Treviranus und dem Wirtschaftsparteiler Sachsenberg beschränkt, da Dr. Schulz aus Zeitmangel noch nicht teilnehmen konnte. Der Führer der Volkspartei wird jedoch am heutigen Donnerstag an einer neuen Besprechung mit dem gleichen Ziele teilnehmen.

Die Osthilfebehörden

Über die Zusammenfassung der Osthilfebehörden nach dem Vorschlag, wie er dem Reichspräsidenten vorliegt, erfahren einige Berliner Blätter folgendes: Als Reichskommissare werden der Reichsminister Treviranus und der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder eingesetzt. Die Direktion ist dem Reichsminister unterstellt. Als Stellvertreter von Treviranus wird der Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium Dr. Bachmann zu dessen Vertreter der bisherige Staatskommissar für Ostpreußen Vondrat Dr. Haneburg ernannt. Für Hirtfelder wird als Stellvertreter der Staatssekretär Arhager von preussischen Landwirtschaftsministerium, als dessen Vertreter der Direktor Dr. Bauffert von der Preussischen Zentralgenossenschaftsbehörde fungieren. Die Landesunterstellen werden wie folgt besetzt: Für Ostpreußen Ministerialrat Muffel, für Pommern Herr von Zwilg, für Brandenburg-Grenzmark Ministerialrat Frankebach, für Breslau Regierungsvizepräsident Dr. Schwenda, für Ober-Schlesien Oberregierungsrat Tiedmann.

König Faisals Dank

König Faisal vom Irak hat an den Reichspräsidenten nachfolgendes Telegramm geschickt: „Beim Verlassen Deutschlands ist es mir ein angenehmes Bedürfnis, Euer Excellenz nochmals für die liebenswürdige Aufnahme und die großzügige Gastfreundschaft, die Euer Excellenz und die Reichsregierung mir während meines Aufenthaltes in Berlin bewahrt haben, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Ich werde die schönsten Erinnerungen an diesen Besuch bewahren. Bei jeder Gelegenheit gestatte ich mir die besten Wünsche für das weitere persönliche Wohlergehen Euer Excellenz und die Wohlfahrt des Deutschen Reiches und Volkes auszudrücken.“

In Paris eingetroffen

König Faisal ist Mittwoch nachmittag in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Vertretern des Staatspräsidenten und des Außenministeriums begrüßt.

Die Amnestieangelegenheit in Preußen

Brauns Antwort an Professor Grimme

Ministerpräsident Brauns hat unter dem 4. August auf das Schreiben Professor Dr. Braun-Eben vom 28. Juli, der sich für den überparteilichen Ausschuss zur Herbeiführung einer Amnestie aus Anlaß der Rheinlandräumung an den preussischen Ministerpräsidenten gewandt hatte, folgendermaßen geantwortet: „Die preussische Staatsregierung hat aus grundsätzlichen Erwägungen von einer Amnestie oder ähnlichen Maßnahmen zugunsten der sogenannten Fremdenländer Abstand genommen. In diesem grundsätzlichen Standpunkt muß die preussische Staatsregierung insbesondere etwaiger festlicher Ereignisse auch beharren.“

Reichsreform nach den Wahlen

Das Reformprogramm — Reichswirtschaftsrat und Preislenkung

Die einzelnen Ressorts der Reichsregierung sind zurzeit eifrig an der Arbeit, um das von der Regierung Brüning angeführte Reformprogramm auszuarbeiten, das nach den Wahlen durchgeführt werden soll. Es gliedert sich in drei Hauptteile:

1. Finanzreform,
2. Reichsreform,
3. Wahlreform.

Die Finanzreform soll vor allen Dingen die von der Regierung Brüning angeführten Ersparungen im neuen Etatsjahre bringen; mit der Reichsreform soll ein Teil der von dem Ausschuss zur Vorbereitung einer Reichsreform vorgeschlagenen Pläne realisiert werden und mit der Wahlreform will man endlich einen seit vielen Jahren von den verschiedensten Seiten geäußerten Wunsch erfüllen.

Reichsreform und Finanzreform stehen in engster Beziehung zueinander, denn durch die Reichsreform, die unter anderem eine erhebliche Vereinfachung des Verwaltungswesens vorsieht, werden erhebliche finanzielle Mittel eingespart.

So weit die von dem oben genannten Ausschuss ausgearbeiteten Pläne zur Reichsreform die Schaffung eines zentralisierten Einheitsstaates mit allen seinen politischen Folgen vorsehen, wird man sich aber vorerst noch große Reserve auflegen. Dem Kabinett Brüning kommt es zunächst nur darauf an, das Reformwerk vom finanziellen Gesichtspunkt aus in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Die politische Auswertung der Reichsreformpläne wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Für die Wahlreform sind Dutzende von Vorschlägen eingereicht worden. In der

Hauptfrage laufen sie auf eine Verkleinerung der Wahlkreise, auf eine Verminderung der Abgeordnetenzahl und auf eine Heraushebung des Wahlalters hinaus. An die geschnitzte Verankerung dieser Vorschläge wird die Reichsregierung aber erst geben, wenn die übrigen Reformpläne durchgeführt sind.

Gutachten des Reichswirtschaftsrates zur Senkung der Preise

Die von der Zwölferkommission des wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung der Antwort an die Reichsregierung über die Möglichkeit einer Anwendung der durch die Kartellverordnung gegebenen gesetzlichen Einflüsse auf die Preisgestaltung hat ihre Arbeiten beendet. Unter den verschiedenen Fragen, die dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden sind,

besaß der Reichswirtschaftsrat die Möglichkeit der Senkung der Preise für die Lebens- und Genussmittel des täglichen Bedarfs.

Der Reichswirtschaftsrat hat seine Untersuchungen im wesentlichen auf die Preisspanne abgestellt und macht hier der Regierung Vorschläge. Auf Grund des Gutachtens des Reichswirtschaftsrates wird sich nun die Regierung mit den zuständigen Preisstellen des Handels und der Fabrikation in Verbindung setzen.

um eine freiwillige Senkung der Spanne nach Möglichkeit zu erreichen.

Wenn aber die betreffenden Kartells diese Preislenkung nicht freiwillig durchführen, dann wird die Regierung auch von dem Mittel der Notverordnung rücksichtslos Gebrauch machen.

Revision der Ostgrenze

Ein englischer Vorschlag

Der „Manchester Guardian“ nimmt in einem Leitartikel zur Treviranus-Rede in bemerkenswerter Weise Stellung. Das Blatt weist darauf hin, daß es in Deutschland heute keine Partei gebe, die nicht eine weitere Revision der Friedensverträge als eine Frage des Rechtes wie der unbedingten Notwendigkeit ansehe. Eine solche Forderung auf Revision der Friedensverträge stelle an sich noch keineswegs eine Inkonkordanz gegenüber den Verpflichtungen dar, die Deutschland unter den Verträgen eingegangen sei. Nur wenn die gewünschten Veränderungen durch Gewalt herbeigeführt würden, drehe Deutschland sein Wort. Wenn es aber eine Veränderung auf dem Wege des Rechtes suche, dann werde hierdurch das Recht auch nicht gebrochen. Der „Manchester Guardian“ untersucht dann im einzelnen die Ostprobleme und kommt zu der Feststellung, daß eine Uebertragung der durch die Friedensverträge an Polen gegebenen ehemals deutschen Gebiete an Deutschland nur eine Umkehr des frühesten Rechtes bedeuten würde. Die ehemals deutschen Gebiete seien in den 12 Jahren so gründlich polonisiert worden, daß die Rückgabe heute nicht mehr möglich sei. Dagegen könne das begangene Unrecht in einer anderen Hinsicht wieder gutgemacht werden, nämlich

durch die Rückkehr Danzigs zum Reich und die Verbesserung der Verbindungen Ost- und Westpreußens zum Korridor und schließlich endlich entlang der Weichsel.

Unglücklicherweise könne sich Deutschland noch nicht über seine Forderungen auf territorialen Änderungen klar werden. Für die Deutschen in den an Polen abgetretenen Gebieten gebe es nur eine Hilfe, nämlich: eine wirksame Anwendung der Minderheitenverträge und einen eingehenden Minderheitenschutz.

Sowjetrussische „Nation in Waffen“

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Zentralvolksausschuß ein neues vom Rat der Volkskommissare ausgearbeitetes Gesetz ausgegeben, das die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorsieht. Diesem Gesetz zufolge wird die aktive Wehrmacht durch eine Art „Nation in Waffen“ ergänzt werden. Alle Teile der Bevölkerung sollen zu einem „Kriegsproduzenten“ Plan herangezogen werden, der in der Arbeitsdienstpflicht in den Industriewerken, in der Landwirtschaft usw. besteht. Hand in Hand damit soll eine rein militärische Ausbildung geben. Bei den Studenten wird sich dies Gesetz dahin auswirken, daß sie gleichzeitig mit ihrem Studium einen Militärdienstkursus mitmachen. Auch der Landbevölkerung soll weitgehende Unterweisung im Wehrdienst zuteil werden. Das Gesetz sieht vor, daß Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben, so insbesondere in der Landwirtschaft, Mitglieder und Arbeiter der Kollektivwirtschaften, Führer der Traktoren, Autolenker usw. zurückgestellt werden können.

Das Ziel der Kommunisten in China

Nach einer amtlichen chinesischen Meldung haben die in Tschangtschi angestellten Untersuchungen ergeben, daß die kommunistische Bewegung in Süd- und Mittelschina eine einzige geschlossene Bewegung ist und daß alle scheinbar isolierten kommunistischen Gruppen nach den Weisungen einer Zentralkommission vorgehen. Als Ziel der kommunistischen Führer wird bezeichnet: Befreiung aller ausländischen Einflüsse, Befreiung der militärischen Führer und der nationalistischen Regierung und Einführung des Sowjetismus in ganz China.



Vom Dresdner Reit- und Springturnier
Die Sieger der Olympia Vielseitigkeitsprüfung. Von links: 1. Oblt. von Rottitz-Ballwitz auf „Cuellunmohr“; 2. Oblt. Grimm auf „Bertram II“; 3. Hauptmann Begerabend auf „Suntram“; 4. Rittmeister von Busch auf „Eberwiesack“.